



www.dielinke-berlin-mitte.de

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

# mittendrin

Ausgabe 10 | 2022 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## HEISSER HERBST GEGEN SOZIALE KÄLTE



### **Energie und Miete müssen bezahlbar sein!**

**Jeder sechste Mensch in Deutschland lässt wegen der Inflation Mahlzeiten ausfallen. Die allermeisten haben große Angst, Post von ihrem Vermieter zu öffnen: Heizkosten werden aktuell verdoppelt, teilweise sogar vervierfacht. Die Mieten sind bereits seit Jahren zu hoch – und werden trotzdem weiter erhöht!**

Die Antworten auf diese Probleme liegen auf der Hand: Die Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand sichergestellt

werden. Das heißt, Wohnungs- genauso wie Energiekonzerne zu vergesellschaften. Denn die Daseinsvorsorge darf nicht weiter den Mechanismen des Marktes unterzogen sein. Daher kämpfen wir weiter – auch und vor allem nach der Wahl – für die Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Die Parteivorsitzenden unserer Partei DIE LINKE, Janine Wissler und Martin Schirdewan, legten ein Konzept für die Vergesellschaftung der Energiekonzerne vor.

Nur wenige Wochen später wurde das Energieunternehmen Uniper verstaatlicht. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, doch wir möchten, dass nicht nur die Verluste, sondern auch die Gewinne vergesellschaftet werden!

Außerdem braucht es nun eine Übergewinnsteuer, Preisdeckel auf Strom, Gas und Lebensmittel und günstigen Nahverkehr. Diese Krise wird Millionen

➤ *Fortsetzung auf Seite 2*

#### **STADTENTWICKLUNG**

Frieren bei 17 Grad - VONOVIA bestimmt selbstherrlich trotz Gerichtsurteil Heiztemperatur

Seite 3 ➤

#### **MENSCHEN IN MITTE**

Mit Enthusiasmus in den Heißen Herbst - Martin Neise bringt reiche Erfahrungen aus dem Wahlkampf in die Kampagne ein

Seite 5 ➤

#### **AUS DEM ABGEORDNETENHAUS**

Der Unterschied zur Ampel-Regierung: Rot-Grün-Rot lässt Berliner nicht in kalten, dunklen Wohnungen sitzen

Seite 7 ➤



Martha Kleedörfer ist Co-Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

➤ Fortsetzung von Seite 1

Menschen der arbeitenden Klasse in die Armut treiben. Und die Bundesregierung überlegt sich ausschließlich, wie sie den Konzernen noch mehr Geld in den Rachen werfen kann.

Auf dem vergangenen Landesparteitag, genau ein Jahr nach dem gewonnenen Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“, stellten wir unsere Kampagne zur Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne vor. Wir werden in den kommenden Monaten – bis zur Entscheidung der Expertenkommission und darüber hinaus – auf den Straßen und im Stadtbild sichtbar sein und für das Anliegen von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ streiten. Ein Gesetz zur Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne wird erarbeitet. Denn die Wähler\*innen Berlins haben sich mit einer deutlichen Mehrheit für eine radikale Lösung des radikalen Problems Mietensinn ausgesprochen und es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der Volksentscheid umgesetzt wird. In einer Situation, in der von jedem gezahlten Euro Miete an Vonovia & Co. 45 Cent direkt an die Aktionäre weitergegeben werden, braucht es mehr als nur Lippenbekenntnisse oder Wohnungsbündnisse, in denen Konzernen Zugeständnisse gemacht werden, obwohl die Mieten weiter steigen. Der Wohnraum muss dem Markt entzogen werden!

Gleichzeitig darf die aktuelle Politik der Bundesregierung – das tatenlose Zusehen, während Hunderttausende, gar Millionen,

in die Armut getrieben werden – nicht un widersprochen bleiben. Wir wollen die Wut, die so viele Menschen zurecht in sich spüren, nun auf die Straße bringen. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Mieter\*inneninitiativen, Seniorenvertreter\*innen und vielen weiteren machen wir deutlich: So geht es nicht weiter, wir frieren nicht für die Profiteure der Konzerne! Daher rufen wir zu Kundgebungen und Demonstrationen auf, die sich gegen die unsoziale Politik der Ampel-Regierung wenden und die Vergesellschaftung von Wohnungs- und Energiekonzernen, günstigen Nahverkehr und Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen fordern.

Lasst uns also gemeinsam zeigen: Niemand darf zurückgelassen werden. Miete und Energie müssen bezahlbar sein – und Vergesellschaftung macht das möglich!

**Martha Kleedörfer**

**WAHLKREISBÜRO TOBIAS SCHULZE  
MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES**

Tegeler Str. 39, 13353 Berlin – Wedding  
Tel.: 030 – 547 13 449

Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding,  
U-Bahnhof Amrumer Straße

Während der **Öffnungszeiten** telefonisch  
erreichbar.

Dienstag, Mittwoch und Donnerstag  
10 – 16 Uhr. Und nach Vereinbarung!

Per Mail, Facebook, Twitter erreichbar.

[buero.schulze@linksfraktion.berlin](mailto:buero.schulze@linksfraktion.berlin)  
[www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE](https://www.facebook.com/TobiasSchulzeLINKE)  
[www.tobiasschulze.berlin](https://www.tobiasschulze.berlin)  
Twitter: @sprengbuero

➤ **Den Betroffenen von Sozialabbau und Verarmung eine Stimme geben**

Sie hat einen schwerstbehinderten erwachsenen Sohn. Die Pflegefirma kündigte ihr über Nacht. „Die dürfen das“, sagt sie, resigniert mit den Schultern zuckend. Gerade hat sie auch ihre Arbeit verloren. Die Aldi-Filiale, in der sie lange tätig war, hat dicht gemacht. Einen neuen Arbeitsplatz kann sie jetzt nicht suchen. „Der Sohn“, sagt sie. Wir redeten im August. Sie habe Angst vor den kommenden Gas- und Elektrizitätsrechnungen, vor den ständigen Verteuerungen der Lebensmittel. Ihr kämen manchmal die Tränen, wenn sie an den Winter denke. Vielen ginge es wie ihr. Jetzt sei noch Urlaubszeit. Doch im Herbst würden die Leute auf die Straße gehen, auch sie. „Sollen die doch Nord-Stream 2 in Betrieb nehmen“, sagt mir die Frau. Ich schweige zu den in diesem Kontext gefassten Beschlüssen auf dem Erfurter Parteitag. Ich schweige zu den dazu stattfindenden Auseinandersetzungen in meiner Partei. Ich möchte, dass diese schon jetzt leidgeprüfte Frau im „Heißen Herbst“ zu uns kommt, statt zur AfD zu gehen.

Ellen Brombacher (75),  
Diplom-Russistin, Rentnerin

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die ohnehin angespannte soziale Lage im Kapitalismus verschärft: Die Gas- und Strompreise steigen auf schwindelerregende Höhe, die Mieten explodieren und die Menschen fragen sich an der Supermarktkasse, ob das Geld für den Einkauf reicht. Die groß angekündigten „Entlastungspakete“ der Ampel sind eine Verhöhnung der Probleme dieser Menschen. Unsere Aufgabe ist es, diesen zu helfen und ihnen eine Stimme zu geben. Auf der Straße müssen wir mit breiten Bündnissen schnelle Entlastungen fordern und diese mit anti-kapitalistischen Analysen verbinden, die alle verstehen können. Im Bewusstsein, dass Faschist\*innen jeglicher Couleure Krisen immer für ihre menschenfeindlichen Ziele nutzen wollen, müssen wir dies durch unsere progressiven und anti-kapitalistischen Angebote verhindern. Durch antifaschistische Praxis müssen wir verhindern, dass diese unsere Veranstaltungen auch nur betreten. Aus einem heißen roten Herbst darf kein braunblauer werden!

Simon Zierk (26), Student der  
Geschichtswissenschaften an der HU Berlin

## BEI ANDEREN GELESEN

Der jüngste Landesparteitag der Berliner LINKEN fand große mediale Aufmerksamkeit. Im **Stern** heißt es: „Die Berliner Linke fordert von der Bundesregierung mehr Tempo bei der Entlastung der Menschen von den stark gestiegenen Energiepreisen und schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor. ‘Wir brauchen einen Strom- und Gaspreisdeckel’, sagte die Vorsitzende Katina Schubert (...). Statt der nun geplanten Zufallsgewinnsteuer für Unternehmen seien zudem eine echte Übergewinnsteuer, eine Reichensteuer und das Aussetzen der Schuldenbremse nötig. Die **Berliner Morgenpost** zitiert den Bundesvorsitzenden der Partei: „Schirdewan schätzte die aktuelle gesellschaftliche Situation als hochexplosiv ein. ‘Genau daran wollen rechte Kräfte andocken. Rechte Kräfte wollen eine Energiepreis-Pegida auf die Straße bringen und mit ihren Scheinlösungen in Deutschland die Menschen für sich gewinnen.’ Vor diesem Hintergrund trage die Linke besondere Verantwortung. ‘Unsere Politik und unser berechtigter Protest muss deshalb immer auch ein demokratisches Angebot an die Menschen unterbreiten.’“ „Fast schon euphorisch“, so die **taz**, „wurde Ulrich Schneider empfangen. Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der die Partei vor wenigen Tagen aus Protest gegen Wagenknecht verlassen hatte, war zu einem Grußwort geladen. Er appellierte an die Partei, die vielen sich überlappenden Krisen – Klima, Pandemie, Energieversorgung, Preissteigerungen – zusammenzudenken. Lösungen müssten ‘ökosozial’ sein, sagte Schneider. ‘Die schönste Rentenreform nutzt nichts, wenn die Lebensgrundlagen flöten gehen.’“ Da die von Pannen überschattete Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus möglicherweise in Gänze wiederholt werden muss, justiert DIE LINKE ihre Wahlkampf vorbereitungen neu. “Die bisher in Szenarien laufenden Planungen werden wir nun auf eine komplette Wiederholungswahl fokussieren”, sagte Landesgeschäftsführer Sebastian Koch der **Deutschen Presse-Agentur**. “Wir entwickeln mit unserer Kommunikationsagentur eine Kampagne und stellen die entsprechenden finanziellen Mittel bereit. Zudem werden wir unsere Organisation und Landesgeschäftsstelle in den nächsten Wochen auf Wahlkampf umstellen”, schilderte Koch. “Wir sind bereit zu starten, sobald ein Wahltermin bekannt gegeben ist.”

# Frieren bei 17 Grad von VONOVIA trotz Gerichtsurteil angekündigt

**Mieter\*innen sollen außerdem mit deutlichen Mieterhöhungen rechnen**

**Der Mietkonzern VONOVIA hat angekündigt, die Heizungstemperatur auf 17 Grad in der Nacht absenken zu lassen. Der Mieterbund hält die Absenkung für unzulässig, da z.B. das Landgericht Berlin schon 1998 eine Mindesttemperatur von 20 Grad während der Heizperiode von 6 bis 23 Uhr (Bad, Toilette 21°) und nachts mindestens 18 Grad festgelegt hatte.**

rale Denkfabrik Bertelsmann-Stiftung tätig. Also ständig hin und her! Nun leitet er das neue Berliner Büro von VONOVIA. In Berlin gibt es – anders als in Brandenburg – nicht einmal eine Regelung zu Karenzzeiten, in denen Politiker nicht in die Wirtschaft wechseln dürfen!

Ebenso fatal die nächste Zumutung für die Mieter\*innen:



VONOVIA- Hauptverwaltung. Der Konzern besitzt in Berlin circa 42.000 Wohnungen.

Foto: CC (Creative Commons) BY-SA 2.0

Bisher ging der Mieterbund davon aus, dass ein Wohnungsmangel vorliegt, wenn in der Wohnung nur noch 18 Grad erreicht werden können. Dann ist eine Mietminderung von 20 Prozent möglich. Es wird in diesem Fall empfohlen, eine Mangelanzeige beim Vermieter zu stellen und sich mit lokalen Mietinitiativen zusammen zu tun.

Im klaren Gegensatz zu dieser Rechtslage hat also VONOVIA als Deutschlands größter Mietkonzern einfach beschlossen, die Regelungen zur Heiztemperatur selbstherrlich zu bestimmen. Offenbar war sich der Vorstand sicher, dass der Gesetzgeber dafür rechtzeitig eine entsprechende Grundlage formulieren würde.

Wundern sollte man sich über solche Vorgehensweisen nicht unbedingt, denn die Verbindungen zwischen Konzernvorständen und der politischen Verwaltung, z.B. in Berlin, sind in Deutschland seit geraumer Zeit allzu gut. Noch vor kurzem, im März diesen Jahres, wechselte z.B. Staatssekretär Christian Rickerts anstandslos von der Senatsverwaltung für Wirtschaft zum Immobilienkonzern VONOVIA. Rickerts war von 2016 bis 2021 Staatssekretär unter der Wirtschaftssenatorin Ramona Pop und davor unter anderem für die neolibe-

VONOVIA kündigt ausgerechnet jetzt „deutliche Mieterhöhungen“ an: “Wenn die Inflation dauerhaft bei vier Prozent liegt, müssen auch die Mieten künftig jährlich dementsprechend ansteigen”, hatte VONOVIA-Chef Rolf Buch Anfang Juni gegenüber dem Handelsblatt geäußert. Und das, obgleich VONOVIA im vergangenen Jahr einen Rekord-Gewinn eingefahren hat.

In der Ankündigung des Immobilienkonzerns VONOVIA, inflationsbedingt die Mieten erhöhen zu müssen, sieht Berlins Sozialsenatorin Katja Kipping (LINKE) einen Weckruf an die Bundesregierung. Der Bund müsse jetzt dafür sorgen, dass der Mietendeckel bundesweit eingeführt wird, sagte Kipping dem rbb.

Das Berliner Modell sei nur gescheitert, weil das Bundesverfassungsgericht das Land Berlin nicht zuständig sah, sondern den Bund, so Kipping. Der Mietendeckel an sich sei nicht verfassungswidrig. Die VONOVIA zeige mit ihrer Ankündigung, dass die 59 Prozent, die beim Berliner Volksentscheid für die Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen stimmten, gute Gründe dafür hatten, so Kipping weiter.

**Rainer Scholz**

# Auch freie Träger suchen Wohnungen

Die Herausforderungen für Berliner\*innen und die, die es werden wollen, eine neue Wohnung zu finden, sind gegenwärtig fast aussichtslos. Hier und da findet man entweder unbezahlbare Angebote oder man ist nur eine\*r unter vielen Hunderten, die sich bewerben. Menschen, die schon auf anderen Ebenen Diskriminierungen erleiden müssen, haben es dabei besonders schwer.

Das gilt für Menschen mit Migrationsgeschichte, aber auch für Menschen mit Behinderungen oder psychisch erkrankte Menschen. Bei der Versorgung von mental, kognitiv oder körperlich eingeschränkten Menschen spielen Teilhabeleistungen nach dem Sozialgesetzbuch eine wichtige Rolle. Allerdings zeigen uns Daten aus Mitte, dass viele, die zu Teilhabeleistungen berechtigt sind – zum Beispiel in einer Trägerwohnung unterzukommen –, dieses Recht nicht mehr wahrnehmen können. Es fehlen dafür die Wohnungen.

Eine Befragung durch meinen Gesundheitsbereich bei freien Trägern in der ambulanten psychiatrischen Pflichtversorgung hat gezeigt, dass 33% der Wohnungen dem Gewerbemietrecht unterliegen, d.h. dem Gewerbeimmobilienmarkt bislang vollkommen unterworfen sind, ohne echte Regulierungsoption. Weitere 7% der Wohnungen haben nur einen befristeten Mietvertrag, d.h. ohne Absicherung für die Zukunft. Außerdem sind in



Pilotprojekt mit verschiedenen Trägern in der Gotenburger Straße

© Anne Goldammer

den vergangenen Jahren nur sehr wenige Trägerwohnungen neu dazugekommen. Ein Mangel an bezahlbarem und für die Zielgruppe geeignetem Wohnraum, hoher Konkurrenzdruck, aber auch Vorbehalte gegenüber der Klientel werden für diese Gesamtsituation als Gründe genannt. Das bedeutet, dass eine bedarfsgerechte Versorgung mit Trägerwohnungen durch die aktuelle Wohnungsmarktsituation vor große Herausforderungen gestellt wird.

Ein Projekt, das zeigt, wie es gehen kann, wird gemeinsam mit der degewo in der Gotenburger Straße umgesetzt. Dabei betreten Bezirk und Land absolutes Neuland: sieben verschiedene Nut-

zungen und Träger unter einem Dach mit einem Generalmietvertrag. 104 Plätze für betreute Wohnformen, für junge Mütter/Väter, für Sucht- oder seelisch erkrankte Menschen und Menschen mit kognitiven Einschränkungen. Dazu eine Kita und ein Berufsbildungsprojekt für schuldistanzierete Jugendliche – absolut spitze! Ich habe die zukünftige Hausgemeinschaft schon kennenlernen dürfen und bin mir sicher, dass sie gemeinsam alle Reibungen überwinden wird. Ich freue mich schon sehr auf die Fertigstellung im kommenden Jahr!

**Christoph Keller,**

Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit

## Schulbau, Karstadt am Leo, Sozialer Notdienst für Mitte

**Nach der Abwahl ist vor dem Neubeginn. Die derzeitige Stadträtin für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur Stefanie Remmlinger wurde kürzlich durch den Kreisverband der Grünen Mitte als Nachfolgerin für das Amt der Bezirksbürgermeisterin nominiert. Die BVV muss sie dann noch wählen. Einen Wermutstropfen hat das Ganze: gerade das Thema Schulbau braucht dringend viel Aufmerksamkeit und ist nun für mindestens zwei Monate ohne Führung. Die SPD hat für die Nachfolge dieser Stadtratsposition das Vorschlagsrecht und bestimmt hoffentlich bald eine fähige Frau für diese Aufgaben.**

In der Septembersitzung der BVV nahm unsere große Anfrage nach den Auswirkungen der Kürzungen bei der Schulbauauf-

fensive viel Raum ein. Bei diesem Thema besteht fraktionsübergreifend Einigkeit: Es darf nicht sein, dass 500-700 Grundschulplätze und 700-1000 im weiterführenden Bereich gefährdet sind, da dringend notwendige Baumaßnahmen aufgrund von Kürzungen durch den Finanzsenat nicht realisiert werden können.

Weitere Themen, die unsere Fraktion eingebracht hat, waren die Forderung nach mehr Mitspracherecht von Anwohner\*innen und Mitarbeiter\*innen bei der Neugestaltung des ehemaligen Karstadt am Leopoldplatz und unser Antrag, einen Sozialen Notdienst im Bezirksamt einzurichten, der in dringenden Fällen Stromabschaltungen, Kontensperrungen, Fahrzeugzwangsstilllegungen u.ä. auch freitagnachmittags und samstags verhin-

dern hilft. Manche Probleme lösen sich eben nicht innerhalb von Kernarbeitszeiten und haben für die Betroffenen schwerwiegende Konsequenzen. Der Stadtrat für Soziales und Bürgerdienste, Carsten Spallek, hat zu diesem Anliegen viel gesagt, jedoch wenig versprochen. Wir werden sehen und bleiben auf jeden Fall dran.

Am Freitag, den 16.09., fand unser erster Fraktions-Sommerempfang statt. Der Empfang wurde von über 70 Gästen besucht und daher gut angenommen. Wir nutzen als Fraktion die Gelegenheit zur Vernetzung mit Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft und haben viele Anregungen mitgenommen für unsere politische Arbeit.

**Ingrid Bertermann,**

Geschäftsführerin der BVV-Fraktion

## KURZNACHRICHTEN

### ► Neues Umspannwerk am Alex

Mit der Grundsteinlegung hat der Bau eines neuen 110kV-Umspannwerkes in der Voltairestraße begonnen. Bis 2026 wird es auf dem Gelände des früheren Umspannwerkes (UW) Alexanderplatz mit einer modernen Schaltanlage entstehen. Damit nimmt ein weiteres großes Investitionsprojekt für den Ausbau des Berliner Stromnetzes Fahrt auf. Allein schon die in den kommenden Jahren auf dem Alex wachsenden Hochhäuser machen dies erforderlich.

### ► „Block der Frauen“ restauriert

Der „Block der Frauen“, die von Bildhauerin Ingeborg Hunzinger geschaffene Skulptur auf der Grünfläche an der Rosenstraße, haben die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM) und die Akademie der Künste reinigen und restaurieren lassen. Die Figurengruppe erinnert an den Aufstand Hunderter „arischer“ Frauen aus Mischehen im Jahr 1943 für die Freilassung ihrer jüdischen Angehörigen aus der Haft in einem Gebäude der Straße.

### ► Mitte einer der am stärksten belasteten Bezirke

Mitte, im jüngst veröffentlichten Umweltgerechtigkeitsatlas in 49 Planungsräume aufgeteilt, gehört zu den am stärksten belasteten Bezirken, hat zusammen mit Neukölln die wenigsten Grünflächen und ist unter den ersten drei der Bezirke mit der schlechtesten Klima- und Luftbilanz. 21 Prozent der nach den Indikatoren vier- und fünffach belasteten Bevölkerung leben hier. [www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/umweltgerechtigkeit/](http://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/nachhaltigkeit/umweltgerechtigkeit/)

### ► Eissport als Unterrichtsfach

Die einzige Schule in Berlin mit dem Unterrichtsfach Eissport ist die am 2. September feierlich eröffnete neue Grundschule am Nordhafen an der Chausseestraße. Das Gebäude in der Nachbarschaft zum Erika-Heß-Eisstadion ist vierzünftig und hat Platz für 575 Mädchen und Jungen. Außer den Unterrichtsräumen verfügt die Schule über eine dreiteilige Sporthalle.

### ► Stadtbad Tiergarten bleibt zu

Die Inbetriebnahme des Stadtbads Tiergarten verzögert sich weiter. Wegen Materialknappheit rechnen die Berliner Bäderbetriebe (BBB) mit einer Wiedereröffnung erst 2023. Das Bad am Fritz-Schloss-Park ist eines ihrer größten Sanierungsvorhaben. Erneuert werden die Fliesen, gebaut wird eine fünf Meter hohe Kletterwand zum Wasser hin. Hinzu kommen ein Wintergarten, ein größeres Café, sanierte Umkleiden und neue Technik.



## Martin Neise mit Ideen und Enthusiasmus im Heißen Herbst

**Schon seit Juli laufen im Bereich Politische Bildung der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN die Vorbereitungen für den Heißen Herbst auf Hochtouren. „Bereits vor den ersten Demonstrationen in Berlin, Leipzig und anderen Städten für die Vergesellschaftung der Energiekonzerne, die Deckelung der Gas- und Strompreise und die Besteuerung der Krisengewinner waren Anregungen, Erfahrungen und konkrete Unterstützung dringend gefragt“, sagt Martin Neise, einer der vier Mitarbeiter der Abteilung im Karl-Liebknecht-Haus.**

Workshops, Seminare und Multiplikatorenschulungen für die Kampagne wurden online und vielerorts direkt organisiert. „In Argumentationstrainings haben wir unsere Alternativen gegen die soziale Kälte und die Hilflosigkeit der Ampelregierung, gegen Frieren im Winter erarbeitet, Erfahrungen in den einzelnen Regionen des Landes ausgetauscht. Über 270 Kreisverbände der Partei erhielten Material für die Demos, unter anderem Flyer und Aufsteller mit politischen Botschaften.“

Reiche Erfahrungen dafür hat der 33-jährige Politik- und Gesellschaftswissenschaftler als Bundestagskandidat der Linkspartei während der Wahlkämpfe der vergangenen Jahre sammeln können - an Hunderten Infoständen, bei den Haustürwahlkämpfen in Mitte, auf Dutzenden Bürgerversammlungen, zu Podiumsgesprächen. „Die dabei gesammelten Erkenntnisse hel-

fen uns bei der Anleitung der gegenwärtigen Bildungsoffensive unserer Partei“, betont er.

1988 in Magdeburg geboren, engagierte sich Martin als Schüler in der Antifa-Bewegung gegen Neonazis, wurde 16-jährig Mitglied der PDS, später DIE LINKE. Nach einem Nordamerika-Studium an der Berliner FU, einem Jahr am Reed College in Portland/Oregon schreibt er derzeit seine Masterarbeit an der Frankfurter Goethe-Universität zu globalen Produktionsnetzwerken im Logistiksektor am Beispiel von Amazon. Zwischendurch war er für ein Jahr an der Budapester Central European University und sammelte auch Erfahrungen während seiner Mitarbeit in der New Yorker Niederlassung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

„Der Heiße Herbst muss aber auch ein Schritt zur Überwindung der gegenwärtigen Probleme unserer Partei werden“, fordert Martin Neise. „Die einfachen Menschen, deren Partei wir doch sind, müssen wieder den Glauben an uns gewinnen, klar erkennen, wofür wir stehen, wohin wir wollen, so auch bei der Umsetzung des eindeutigen Ergebnisses des Volksentscheids zur Entzweiung von Deutsche Wohnen & Co. in Berlin.“ Darum freut er sich über die nun beginnende Kampagne „Vergesellschaftung macht's möglich“ ab Oktober. Ein junger Genosse voller Ideen und Enthusiasmus für DIE LINKE, für einen erfolgreichen Heißen Herbst.

**Matthias Herold**

# Es kann nur besser werden

**Mich fasziniert die Gründerzeit, Berlins Bau- und Industriegeschichte, auch in Gesundbrunnen, wo seit den 80ern in fünf Höfen, Neben- und Quergebäuden, in heute landeseigenen, aber 1912 als Chemiefabrik gebauten „Gerichtshöfen“ viel Kleingewerbe, Kunst und Wohnen harmonisieren.**

Alljährlich dauert ein Kunstwochenende der 70 Ateliers zwei Tage plus Nacht, ich war nur kurz, aber begeistert dabei. Rücksichtslos hatten damals Gründer Berlins Mitte verändert, Geld, Überzeugungen, amtliches Beharrungsvermögen konkurrierten, bahnbrechende Erfindungen setzten sich auch bei Bildung, Erziehung, Volksgesundheit und Transportwesen durch. In Ostberlins Mitte lebte ich einst grenznah und billig mit der unlängst noch üblichen Ofenheizung, Einfachfenster, einfrierendem WC auf halber Treppe, ohne Telefon und Haustürklingel. Im Westen gab es Heizlüfter, Stromfresserei ist erst jetzt ein Thema.

Als Heinrich Zille zeichnete, dass man Menschen mit der Wohnung wie mit einer Axt erschlagen könne, sah er das Elend der Proletarier und armen Familien, die für die Industrialisierung schufteten, in

Berlin noch alltäglich, und noch immer eng, finster, feucht, kinderreich in hastig errichteten Hinterhäusern hausten. Aber rückblickend sind fabriknahe Mietskasernen und Ringbahn ein Fortschritt: Auch in Luisen- und Spandauer Vorstadt, Lothringer-, Elsässischer- und Ackerstraße floss Wasser aus dem Wasserhahn, dank Bahn konnte man abseits vom Arbeitsplatz wohnen...

Heute ist das kein Thema, Wohn-, Arbeits- und Lebenswelten sind weltweit digital vernetzt, die Eckkneipe als erweiterte Wohnstube hat ausgedient, Tinder flexibilisiert Liebe, das Internet erleichtert Kommunikation. In Mitte gibts Alt- und Nachkriegsbauten, sozialistische Platte und neuste Wohnungen, unterschiedlichste Familien, Singles, WG's, man pendelt per Fuß, ÖPNV, Rad, Auto oder E-Roller auf kurzen Wegen zwischen Nachbarn, Fremden, Landsleuten, Kaufhalle, Freunden, Grün, Kino, Theater, StartUp, Museum, Hotel, Sport- und Bildungsstätten, nirgendwo Industrie der Hinterhöfe, Airbnb verteilt Touristen auf Wohnungen. 2001 wurden Alt-Mitte, Tiergarten und Wedding ungeachtet Kultur-, Sozial- und Kiez-Geschichte eins, bald verbindet die Tram, aber Armut und Wohnungsnot wachsen. Um 1900 wurde Berlins



**Fahrräder beherrschen das Stadtbild Berlins**

Zentrum radikal erweitert, heute wird über Verdichtung, Hochhäuser, Wohngebiete für Stadtrand und Umlandgemeinden lamentiert, vor und hinter Rotem Rathaus bleibt alles ungewiss.

**Irene Runge**

## Eine Hommage, Neuerscheinungen und ein Sehnsuchtsort

„Ick kann jar nich so velle fressen, wie ick kotzen möchte.“ So kommentierte der Maler Max Liebermann den unheilvollen Fackelzug, mit dem Anhänger Hitlers am 30. Januar 1933 triumphierend über den Pariser Platz zogen. Liebermann wurde vor 175 Jahren geboren. Die Alte Nationalgalerie würdigt ihn noch bis zum 13. November mit einer multimedialen Intervention: **„Mein Liebermann. Eine Hommage“**. In Videos und kurzen Statements äußern sich Menschen zu diesem großen Berliner. Die Aufsicht und der Direktor, die Künstlerin und die Journalistin, der Schauspieler, Kinder und Jugendliche betrachten Liebermanns Bilder und bewundern dessen „lässigen Strich“ und seinen „nüchternen Berliner Blick“.



Aufmerksam machen möchte ich auf die Neuerscheinung einer jungen russischen Autorin, die mich in den letzten Jahren enorm beeindruckt hat: **Gusel Jachina** hat ihren dritten Roman **„Wo vielleicht das Leben wartet“** vorgelegt. Am 2. November um 18.00 Uhr wird sie ihn in Irtraud Gutschkes Literatursalon im nd-Gebäude vorstellen, gemeinsam mit ihrem kongenialen Übersetzer Helmut Ettinger.

Alljährlich bricht rund um den 3. Oktober die Einheits-Welle über uns herein. Da ist es nicht verkehrt, ein Alternativ-Programm parat zu haben. Ich habe mir zwei Bücher bereit gelegt, von denen ich mir heiter-nachdenkliche Blicke auf die deutschen Zustände

verspreche: **„Lenin auf Schalke“** und **„Der Held vom Bahnhof Friedrichstraße“**. Mal sehen, was **Gregor Sander** aus Deutschlands ärmster Kommune, Gelsenkirchen in NRW, und **Maxim Leo** über einen ostdeutschen Antihelden zu berichten wissen.

Die blühenden Landschaften schaue ich mir lieber in den Marzahn **Gärten der Welt** an. Botanische, kulturelle und religiöse Vielfalt, eine tolle Verbindung von Entspannung und Bildung für die ganze Familie. Ein idealer Ort auch für die Ausstellung **„United Buddy Bears – The Minis“**. Die Bärchen wollen Menschen aus aller Welt willkommen heißen und sind noch bis Ende Oktober in den Gärten zu sehen. Bis dahin präsentiert auch die **„Frauen-Kunst-Karawane“** ihre Ausstellung **„Illusionen“**. Zehn Künstlerinnen aus Marzahn-Hellersdorf zeigen ihre Werke im „Saal der Empfänge“ am Orientalisch-Islamischen Garten.



Im goldenen Oktober lohnt ein Ausflug in die Schorfheide, zum Beispiel zum Kloster Chorin, das in diesem Jahr seinen 750. Geburtstag begeht. Noch bis zum 21. November ist im beeindruckenden Backsteinbau, vor über 200 Jahren von Schinkel gerettet, die Sonderausstellung **„Sehnsuchtsort Kloster Chorin“** zu sehen. Keinesfalls versäumen sollten Sie einen Spaziergang um den romantischen Amtssee.

**Georg Fehst**

# Berliner Landesregierung lässt niemanden im Dunkeln stehen

*Zusammen schaffen wir es durch die Energiekrise!*

**Die Energiekrise trifft Menschen mit wenig Geld besonders hart. Wir als Linksfraktion haben unseren Koalitionspartner\*innen frühzeitig vorgeschlagen, einen Energiehilfefonds zu bilden.**

Dieser soll nun kräftig aufgestockt werden, damit niemand in Berlin in einer kalten, dunklen Wohnung sitzen muss. Wir sind uns einig, dass Energiepreise gedeckelt und die Schuldenbremse weiter ausgesetzt werden müssen. Das ist der Unterschied zwischen Ampel und linker Regierungsbeteiligung. Während C. Lindner keine Übergewinne erkennen will, diskutieren wir in Berlin mit dem Finanzsenator, wie eine Übergewinnsteuer konkret ausgestaltet werden kann. In der Krise wird nicht gespart, sondern investiert. Die Schuldenbremse ist ein ideologisches Relikt des neoliberalen Zeitgeists. Berlin wird sich beim Bund dafür einsetzen, dass sie weiter ausgesetzt bleibt.

Gemeinsam mit den anderen LINKEN-Fraktionen haben wir bereits im Mai

einen Preisdeckel für den Grundbedarf an Strom und Wärme gefordert. Zeitgleich fielen Politiker\*innen anderer Parteien mit zynischen Spartipps auf. Unserer Forderung nach Energiepreisdeckeln haben sich inzwischen viele Sozialverbände und Gewerkschaften angeschlossen.

In Berlin warten wir nicht darauf, dass der Bund endlich ein Kündigungs- und Räumungsmoratorium für Mieter\*innen einführt und Energiesperren verbietet. Da, wo wir es können – bei unseren landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften –, werden wir es umsetzen. Ebenso wollen wir einen Stromschutzschirm anstoßen, der zumindest alle schützt, die ihren Strom von unseren Berliner Stadtwerken beziehen.

Die Ampelregierung beschließt ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für Aufrüstung und diskutiert über den Betrieb von Kohle- und Atomkraftwerken. Das finden wir falsch. Das Geld sollte stattdessen in Energieunabhängigkeit, also den Ausbau erneuerbarer Energien, investiert werden. Das wäre eine gehaltvollere Debatte als



Anne Helm

jene über Nordstream 2 – durch die Putin kein Erdgas schicken wird, solange man ihn nicht in der Ukraine gewähren lässt und seinen Völkerrechtsbruch akzeptiert. Das kommt natürlich nicht in Frage!

DIE LINKE ist die Friedenspartei, die sich gegen imperialistische Kriege stellt und an die Seite von Menschen auf der Flucht vor Verfolgung und Deserteuren. Die Partei, für die Solidarität das Leitmotiv ihrer Handlungen ist, und die für all jene einsteht, die in dieser Gesellschaft unter die Räder geraten. Wir können spürbare Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen erkämpfen. Das tun wir gemeinsam auf der Straße, im Parlament und im Senat.

**Anne Helm,**

Co-Vorsitzende der Linksfraktion  
im Berliner Abgeordnetenhaus

## Jeremy Corbyn: Soziale Ungleichheit ist zentrale Herausforderung

**Im Rahmen des Edinburgh Fringe-Festivals, des weltweit größten Theater- und Kulturfestivals, sprach der schottische Journalist Graham Spiers am 9. August mit dem früheren Vorsitzenden der britischen Labour Party und heutigen Londoner Abgeordneten des Unterhauses Jeremy Corbyn.**

Auf die Frage, was anders wäre, wenn er 2017 oder 2019 Premierminister geworden wäre, antwortet Corbyn, er hätte zuallererst den vielen Obdachlosen im Land geholfen. Auch für viele jüngere Menschen wäre die Lage besser. Momentan schauten viele in eine sehr unsichere Zukunft, besonders in England, wo sie auch noch Studiengebühren zu zahlen hätten.

Er spricht als weitere Kernaufgaben seiner Politik an: die „big five“ zu verstaatlichen (Elektrizität, Gas, die Bahn, Post und das Wasser) und in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Ziel sei die Bekämpfung

der Inflation, Sicherheit der Arbeitsplätze, Lohnerhöhungen und mehr soziale Gerechtigkeit allgemein. Die Schere zwischen Arm und Reich sei in den letzten Jahren immer weiter auseinandergegangen, die Löhne gingen seit zehn Jahren zurück. Großbritannien sei immer noch ein Klassenstaat. Auch die anti-gewerkschaftliche Gesetzgebung der konservativen Partei müsse zurückgenommen werden.

Insgesamt scheint er vorsichtig optimistisch, was die Zukunft seiner Politik angeht, als er zum Beispiel auf die langsam steigenden Gewerkschaftszahlen verweist. Er räumt ein, dass auch innerhalb der Labour Party eine innerparteiliche Debatte nötig sei. So sei es z.B. wichtig, dass die Abgeordneten eine engere Verbindung zu ihrem jeweiligen Wahlkreis hätten. Das Problem der Tories sei gerade, dass sie nicht diese Nähe zur Bevölkerung hätten. Das sei Labours Chance. Auf eine Frage aus dem

Publikum äußerte sich Corbyn klar für ein Recht der Flüchtlinge zu bleiben, sieht aber ein Problem in der Ungleichbehandlung je nach Herkunftsland.

**Sarah Alemu**

### **KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG**

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

## DAS IST DAS LETZTE

Da war er also wieder, dieser komische Einheits-Feiertag. Was gab es bei Ihnen, Sekt oder Selters? Großen Staatsjubiläum gab es allemal. Die Spaltung Deutschlands ist überwunden. Wirklich?

Die Aldi-Besitzer sacken sich die Taschen voll, manche Aldi-KassiererIn sackt zusammen. Bei Lidl schießen die Gewinne in die Höhe, Bauern stürzen in den Abgrund. Amazon legt zu und kleine Händler machen zu. Coca Cola macht Profit, die Eckkneipe macht dicht.

Die Bundeswehr-Soldaten halten die Köpfe hin, die Waffenproduzenten die Taschen auf. Die Rüstungsindustrie bekommt Milliarden, Pflegekräfte bekommen Applaus. Ein paar Konzerne sammeln Staatshilfen ein und teilen fette Dividenden aus. Bei der Lufthansa bleiben Passagiere am Boden und Personal fliegt. Daimler und BMW geht es super, bedürftigen Schwarzfahrern an den Kragen. In der Bahn gibt es eine 1. und eine 2. Klasse und im Gesundheitswesen auch. Dank Riesterrente bekommen Versicherer eine goldene Nase, viele Versicherte kalte Füße. Wohnungskonzerne heizen die Kaltmiete an, Mieter müssen sich warm anziehen. Es gibt Miethaie und arme Schweine, Heuschrecken und kleine Fische.

Die einen speisen an Tafeln, andere holen Speisen von der Tafel. Einige leben auf der Straße, andere auf großem Fuß. Mitunter sammeln Künstler Flaschen und Flaschen Kunst. Hierzulande haben Kinder wenig Rechte und Erzieherinnen wenig Knete. Es gibt arme Kinderreiche und reichlich Armut. Viele Studenten stehen an nach einer Bleibe, manche Professoren bleiben stehen.

Politiker machen vollmundig leere Versprechungen, beziehen Diäten und empfehlen Diät.

Das Einheitsdenkmal konnte nicht termingemäß fertiggestellt werden. Das über- rascht wenig und ist doch sehr schade. Die Wippe demonstriert nämlich treffend die Zustände im Land: Wo viele unten sind, sind wenige oben. **Schorsch**

## Die Inflation frisst unser Einkommen auf

**Die Inflation ist zurück. Und das nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine. Bereits vor dem Angriff Russlands auf sein Nachbarland Ukraine und vor den Sanktionen und dem Gas-Embargo stiegen die Preise.**

Im Dezember 2021 wurde mit 5,2 % Inflation der höchste Stand seit 1992 gemessen. Krieg und Sanktionen verschärfen die Situation seitdem zusätzlich. Inzwischen liegt die Inflationsrate im August in Deutschland bei 7,9%. Die Lebensmittelpreise liegen durchschnittlich um 15 % höher als vor einem Jahr. Butter kostet inzwischen 48% mehr, Fleischprodukte und Brot 18 bzw. 17 %. Energiepreise stiegen im August 2022 um 36% im Vergleich zum Vorjahr, Heizöl um 87% oder Gas für Warmwasser und Heizung um 52% und für Neukunden sogar um 485 %. Unbezahlbar für kleinere und mittlere Einkommen.

Doch was bedeutet eigentlich Inflation? In den Nachrichten wird Inflation als eine Naturgewalt dargestellt. Doch das ist sie nicht. Inflation bedeutet letztendlich nur, dass Preise erhöht werden, weil Unternehmen über die Marktmacht verfü-

gen, diese Preise festzusetzen. Preiserhöhungen sind bewusste Entscheidungen von Unternehmensleitungen, um entweder ihre Kosten an die Verbraucher\*innen weiterzugeben und so ihre bisherigen Profite weiterhin zu erwirtschaften, oder um die Profite zu steigern.

Lebensmittel, steigende Mieten und Heizkosten können nicht eingespart werden, sie sind zum Überleben notwendig. Die Menschen müssen Miete zahlen, essen, trinken und heizen. In der Marktwirtschaft zählen die Bedürfnisse der Menschen den Unternehmen nichts, der Profit ist ihr Ziel. Dies macht auch vor grundlegenden Bedürfnissen, der Daseinsvorsorge, nicht halt: Im Mietenbereich spüren wir das in Berlin bereits seit Jahren. Umso klarer machen die aktuellen und vergangenen Preissteigerungen auf Kosten der Verbraucher\*innen und Mieter\*innen bei gleichzeitiger Stagnation der Löhne, dass die Daseinsvorsorge nicht über den Markt organisiert sein darf. Die LINKE fordert daher die Enteignung und Vergesellschaftung der Energieversorger ebenso wie die Enteignung der großen privaten Wohnungsbauunternehmen in Berlin. **Fabian Nehring**

### Rechts- und Sozialberatung



Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber\*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.

[sozialberatung@linkstreff.de](mailto:sozialberatung@linkstreff.de)

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin, Tel.: 030 28705751

Die nächsten Termine sind der **07.10., 21.10., 04.11., 18.11. jeweils von 15 bis 17 Uhr**

### Wir gratulieren im Oktober zum Geburtstag!

- Zum 95. Peter Knoll
- Zum 90. Maria Seifert
- Zum 86. Sonja Striegnitz
- Zum 85. Almuth Kilian
- Zum 84. Helga Giersch, Heinz Raddatz
- Zum 83. Gisela Zach, Klaus Eichler, Wilfried Jugl
- Zum 82. Lieselotte Gruner
- Zum 80. Marguerite Blume-Cardenas, Ilse Klein-Ortega, Regina Woesner
- Zum 70. Rüdiger Lötzer
- Zum 65. Andrea Meltzer

#### Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Telefon: 24 009 336/204

E-Mail-Adresse: [info@die-linke-berlin-mitte.de](mailto:info@die-linke-berlin-mitte.de)

Internet: [www.dielinke-berlin-mitte.de](http://www.dielinke-berlin-mitte.de)

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht.

Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.09.2022

Ausgabetermin für Nr. 11/2022 - 03.11.2022

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte